

07.12.2014 13:36 Uhr, Franken

FÜNF VERDRÄNGTE MORDE VON RIENECK

Eine Frau will ihrer Heimatstadt eine Tafel stiften zur Erinnerung an ein Kriegsverbrechen vor fast 70 Jahren - sie darf nicht. Eine Geschichte über den schwierigen Umgang mit Geschichte.



Rieneck ist ein liebenswertes Städtchen. Der 2000-Einwohner-Ort in Main-Spessart klemmt sich an den Berghang oberhalb des Flüsschens Sinn; viele Gäßchen, viel Wald drumherum, viel gepflegtes Brauchtum und eine große Geschichte, weithin sichtbar durch die mächtige Burg der namengebenden, im 16. Jahrhundert ausgestorbenen Grafen, heute Bundeszentrum des Verbandes Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder.

Wie so viele liebenswerte Städte und Städtchen kennt auch Rieneck dunkle Zeiten. An grausame mittelalterliche Praktiken erinnert beispielsweise ein

Halseisen am einstigen Pranger am Alten Rathaus. An den Blutzoll der Kriege und an die ausgerottete jüdische Gemeinde wird mit einem Kriegerdenkmal erinnert. An die Ermordung von fünf Kriegsgefangenen vor bald 70 Jahren durch einen Würzburger Obernazi und Rienecker Hitler-Jungen aber soll nichts erinnern.

Eine Gedenktafel zu dem absichtlich vergessenen Geschehen versucht seit zwei Jahren die Rieneckerin Elfriede Krutsch ihrem Heimatstädtchen zu stiften. Die in Berlin lebende 65-jährige Ärztin und ihre Verwandtschaft in Rieneck sind seither Anfeindungen und auch anonyme bösertiger Verleumdungen und Drohungen ausgesetzt. „Hier wurden fünf russische Männer durch Naziterror ermordet. Wir gedenken der Opfer“, so soll die schlichte Inschrift der Gedenktafel am Sternheckenweg, dem Ort der Hinrichtung, lauten. Zweimal lehnte der Stadtrat ab. Beim ersten Mal im April 2012 stimmte nur Bürgermeister Wolfgang Küber für einen Gedenkstein mit Tafel. Der Rest des Stadtrates vermisste nähere Informationen über das Geschehen – das allerdings, vor allem älteren Rieneckern, sehr wohl bekannt ist. Es wird erzählt, intern, in verschiedenen Versionen und immer hinter vorgehaltener Hand.

In öffentlicher Beratung befand der Stadtrat mehrheitlich, die bereits vor Jahren am Kriegerdenkmal angebrachte Gedenktafel zur Erinnerung an alle Opfer des Nationalsozialismus sei angemessen und ausreichend. Damit fand sich Elfriede Krutsch nicht ab. Am selben Ort der gefallenen Wehrmachtssoldaten – vielfach selbst Täter – und der Opfer des Naziterrors zu gedenken, hält sie für unmöglich. Was sie aus Erzählungen über das Kriegsverbrechen wusste, präzisierte auf ihre Bitte der Hobbyhistoriker Ulf Fischer aus dem Nachbarort Langenprozelten. Sein Fazit: Die fünf sowjetischen Kriegsgefangenen wurden ermordet – „sie waren einfach zur falschen Zeit am falschen Ort“.

Mit amtlichen Unterlagen aus den Nachkriegsjahren untermauerte Krutsch ihren Antrag. Die erneute Beratung (und Ablehnung) am 15. September 2014 fiel dem Stadtrat schwerer: Zunächst wollte die Dritte Bürgermeisterin den Tagesordnungspunkt streichen lassen, man habe bereits einmal darüber abgestimmt. Wohl, weil die Stifterin der Tafel eigens aus Berlin angereist war, stimmte die Mehrheit dagegen. Aber auf Antrag einer anderen Stadträtin wurde das offenbar unangenehme Thema mit acht gegen sieben Stimmen widerrechtlich in den nichtöffentlichen Sitzungsteil geschoben, die Anwesenheit von Elfriede Krutsch jedoch gestattet.

Das Ergebnis dort teilte die 65-Jährige fassungslos der Lokalredaktion dieser Zeitung mit: „In der nichtöffentlichen Sitzung konnte ich ausführlich meinen Antrag begründen. Er wurde mit vier Ja- und elf Nein-Stimmen abgelehnt. Als Begründung wurde unter anderem genannt, dass man Rücksicht auf noch lebende Täter (Mittlerweile lebt von ihnen keiner mehr, d. Red.) und deren Nachkommen zu nehmen habe. Der Antrag komme zu früh, da noch beteiligte Zeitzeugen leben. Man wolle nicht alles an die breite Öffentlichkeit bringen! Gedenksteine würden sowieso nichts ändern, dies sei an der weltpolitischen Lage zu erkennen. Mit keinem Wort wurde der erschossenen Kriegsgefangenen oder ihrer Angehörigen gedacht.“

Enttäuscht schrieb Elfriede Krutsch an die Redaktion: „Der Rienecker Stadtrat ist zurzeit nicht bereit, die Geschichte während der Nazizeit aufzuarbeiten und möchte sie gerne in das Jenseits verschieben. Und das 100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieges und 75 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges. 'Wer seine Geschichte nicht aufarbeitet, ist gezwungen sie zu wiederholen!' Dieses Zitat von Erich Fried wünsche ich uns nicht.“

Das von der Stadtratsmehrheit gewünschte anhaltende Schweigen bewirkte heftig das Gegenteil. Die Zeitungsberichte darüber unter den Überschriften „Schweigen über Rienecker Kriegsverbrechen“ und „Gedenktafel in Rieneck unerwünscht“ schlugen Wellen, andere Zeitungen und das Bayerische Fernsehen berichteten. Zahlreiche Leser äußerten sich, meistenteils mit Unverständnis und Erschütterung über die Mehrheitsentscheidung des Stadtrats.

Differenziert die Reaktionen in Rieneck: Jüngere befürworten eine Gedenktafel, Ältere lehnen sie strikt ab: Beleidigungen und Drohungen erhielten Elfriede Krutsch und die Lokalredaktion dieser Zeitung. Anrufer bestritten die Beteiligung Einheimischer an der Erschießung; Krutsch sei selbst- und geltungssüchtig und solle ihre Gedenktafel in Berlin, am besten in ihrem Schlafzimmer aufhängen; fragten, warum man „so ein Geschiss um die Russen“ mache; das Rienecker Standgericht (das es nicht gab) sei im Recht gewesen; es sei alles ganz anders gewesen und überhaupt: Das sei lange her und gehe niemanden etwas an. Ein ehemaliger Stadtrat kündigte sein Zeitungssabo mit der Begründung, falls diese Gedenktafel aufgestellt würde, wisse er nicht, was er dazu seinen Kindern erklären solle; er möge auch Berlin nicht, weil dort an jeder Ecke Gedenk- und Mahntafeln hingen . . .

Es meldete sich allerdings auch ein Augenzeuge, der das bis dahin Bekannte bestätigte. Der 85-jährige gebürtige Rienecker war dabei, als der Würzburger SA-Chef am 29. März 1945 das Erschießungskommando zusammenstellte: ein 17-Jähriger, zwei 16-Jährige, ein 15-Jähriger und gar ein 13-Jähriger. In bewegten Worten schildert der 85 Jahre alte Mann am Telefon, dass auch sein damaliger bester Freund, ein Jahr älter und Sohn des Rienecker NSDAP-Ortsgruppenleiters und Schulleiters, als einer der fünf Schützen bestimmt wurde. Reguläre Soldaten seien nicht dabei gewesen. Sollte sich das Erschießungskommando der Hitler-Jungen weigern, „dann gibt's

ein Kriegsgericht, dann seid ihr dran“, habe der SA-Chef gedroht. Immer wieder versagt dem 85-Jährigen bei der Schilderung die Stimme. Er entschuldigt sich dafür: „Das war so schrecklich!“ Das Angebot, das Gespräch zu verschieben, lehnt der Mann ab: „Ich will das loswerden.“ Die sowjetischen Kriegsgefangenen waren irgendwie freigekommen – „Die dachten, der Krieg ist aus“ – und wieder eingefangen worden, als sie sich wie alle Rienecker an einem beschädigten Versorgungszug in einem Tunnel bedienten. Der hatte vor allem begehrte Nahrungsmittel geladen, „Frontkämpferpackungen, Zucker – es war ganz erstaunlich“. Die Gefangenen wurden am Rathaus vorgeführt und von dem SA-Chef zum Tod verurteilt. Zitternd habe der 16-jährige Sohn des Rienecker Parteichefs gesagt: „Vadder, ich kann doch kenn erschieß!“ Der habe geantwortet: „Du musst mit, sonst sind wir dran. Du musst ja nicht treffen.“

Die Recherchen zu dem Fall ergaben, dass die Beteiligten unterschiedlich damit umgegangen sind. Zuvor aber wurde vertuscht. Die bis heute feststellbare allgemeine Legendenbildung setzte gleich nach dem Kriegsende ein: Als im Oktober 1946 das damalige Landratsamt Gemünden im Auftrag der Kriegsgräberfürsorge in Rieneck wegen eines Massengrabs nachfragte, antwortete der Bürgermeister sicher nicht in Unkenntnis: „Wie in Erfahrung gebracht werden konnte, wurden vor dem Zusammenbruch durch ein Standgericht (!) der Wehrmacht (!) einige Russen, vermutlich vier bis sechs, angeblich wegen Plünderung, erschossen. Das Sammelgrab soll (!) sich in der Nähe des Steinbruchs, außerhalb der Ortschaft befinden. Die Pflege des Grabes übernimmt die Gemeinde und die augenblicklichen Instandsetzungskosten belaufen sich auf ca. 50,- RM.“

Ähnlich verhält es sich mit der Pogromnacht 1938. Die Verbrechen in Rieneck wurden im Gegensatz zu den meisten andernorts nie aufgeklärt. Zu widersprüchlich waren die in den Jahren bis 1951 gesammelten Zeugenaussagen, die bis zu der Behauptung reichten, fremde Kinder aus einem Erholungsheim hätten ein jüdisches Haus gestürmt. Darüber wird kommendes Jahr im dann erscheinenden dritten Synagogendenkbuch Bayern „Mehr als Steine . . .“ zu lesen sein. Hans Schlumberger, Pfarrer und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsprojekts, schrieb im Frühjahr 2014 – also vor der Diskussion um die Gedenktafel – im Entwurf für den ausführlichen Artikel über die Rienecker Synagoge als Resümee des 1951 gescheiterten Prozesses vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Würzburg: „Es fällt schwer, sich vorzustellen, dass die hier erfolgreich wirksam gewordene Art des Umgangs mit Gewalt, öffentlich geschehenem Unrecht und benennbarer, aber nie offen benannter Schuld und die damit einhergehenden Schweigegebote, Familien- und Ortsgeheimnisse und ethisch verwerflichen Rücksichten in einem überschaubaren Gemeinwesen auch für die Nachgeborenen, die dafür nicht verantwortlich waren, ohne belastende Folgen geblieben sind und noch bleiben werden. Die nicht nur aufdeckende, erhellende und sühnende, sondern dadurch auch ordnende und Frieden und Vertrauen stiftende Funktion des Strafrechts ist hier noch weniger als an anderen Orten zum Tragen gekommen. Sie blieb nicht nur den Opfern vorenthalten, sondern auch den Tätern und dem gesamten Ort.“

Die fünf Hitlerjungen jedenfalls gestanden erst drei Jahre später und nach einem zwölfstündigen Kreuzverhör in Gemünden die Hinrichtung ein. Folgen hatte das nicht für sie. Lediglich der Älteste, zur Tatzeit 17 Jahre alt und als Fähnleinführer Chef der Rienecker HJ, wurde zu drei Jahren Arbeitslager verurteilt. Er kam aber in den Genuss einer Jugendamnestie. In der Entscheidung der Würzburger Spruchkammer heißt es, der Beschuldigte habe nachweisen können, dass er sich nicht völkerrechtswidrig gegenüber Kriegsgefangenen benommen habe. Er soll aber bis zu seinem Tod gern in privatem Kreis erzählt haben, dass er bei der Hinrichtung einem nur angeschossenen Kriegsgefangenen den „Gnadenschuss“ gegeben habe.

Ein anderer Beteiligter schrieb vor zwölf Jahren seine Erinnerungen an die Jugendzeit nieder. Detailliert beschreibt er etwa das Abenteuer einer Schwarzschlachtung – „Das waren eben Kriegsepisoden, die meiner Ansicht nach festgehalten werden müssen“. Er beschreibt die Pogromnacht 1938 mit großer Anteilnahme für sechs jüdische Familien und benennt sechs (Rienecker) Hauptäter unter den SA-Leuten, die er als „braunen Pöbel“ bezeichnet. Er beschreibt auch die Hinrichtung der Kriegsgefangenen und nennt sich und die vier anderen Hitlerjungen, die dafür ausgesucht worden waren. Die Schilderung dieses dramatischen Erlebnisses aber wirkt seltsam distanziert und ist auf 14 Sätze beschränkt. Das Ereignis selbst: „Gemeinsam mit Soldaten in Luftwaffenuniform wurde zum Hinrichtungsplatz marschiert. Die russischen Soldaten mussten ihr Grab ausheben und Aufstellung nehmen. Uns Hitlerjungen wurde zu verstehen gegeben, dass, wenn wir eine Befehlsverweigerung vornehmen, uns dasselbe Schicksal ereilen könnte, das den Gefangenen zugeschrieben sei.“ Kein Wort über die sicherlich durchlittenen Seelenqualen sowie belastenden Vernehmungen und das zwölfstündige Kreuzverhör. In tief bewegten Worten aber folgt dann die Erinnerung an das nahe, kriegszerstörte Gemünden mit vielen Getöteten zwischen den Bahngleisen.

Eine Rieneckerin schrieb am 27. September 2014 in einem Leserbrief: „Die der Nein-Entscheidung des Rienecker Stadtrates zugrunde liegende Absicht ist, die auf der einen Seite des grauenvollen Geschehens Beteiligten und deren Angehörige zu schützen. In meinen Augen nimmt eine solche Gedenktafel niemandem einen Schutz weg. Sie gibt den damaligen Opfern und dem Geschehen einen Namen und einen Ort. Sie gibt dadurch den Opfern Würde zurück, den Lebenden die Möglichkeit, zu gedenken und zu trauern. Die Gedenktafel könnte auch den Beteiligten und ihren Nachkommen eine Hilfe sein. Denn nicht nur die Erschossenen waren Opfer. Die Mitglieder des Erschießungskommandos waren zwar Täter, aber auch Opfer. Opfer, missbraucht für die Zwecke des Naziterrorregimes. Die Gedenktafel könnte insofern für die Rienecker Bürger auch Anlass sein, den grauen Schleier, der über dem Geschehen liegt, zu lüften, sich diesen Geschehnissen der Nazizeit zu stellen und damit ein Stück Geschichte gemeinsam zu verarbeiten.“

Es gibt also Zeugenaussagen, es gibt Erzählungen, es gibt Erinnerungen, aber es gibt auch Dokumente. Wer, wie diese Zeitung, die Gerichtsakten von damals studiert, für den ergibt sich ein klares Bild: Ohne Standgericht oder die Verhandlung eines ordentlichen Kriegsgerichtes befahl der Würzburger SA-Brigade- und Volkssturmführer Hans Olpp, 47, an Gründonnerstag 1945 willkürlich die Erschießung von fünf unbekannten russischen Kriegsgefangenen. Schießen mussten fünf Rienecker Hitlerjungen im Alter von 13 bis 17 Jahren, darunter auch der Sohn des NSDAP-Ortsgruppenleiters. 1950 musste sich der Würzburger SA-Chef in einem Schwurgerichtsprozess für die Tat vom 29. März 1945 verantworten. Olpp hatte von Gauleiter Otto Hellmuth die Order, im Städtchen Rieneck wieder Ruhe und Ordnung herzustellen, nachdem

zwei Tage zuvor ein waghalsiges amerikanisches Kommandounternehmen, bekannt als „Task Force Baum“, in Richtung Kriegsgefangenenlager Hammelburg durchgestoßen war. Auf Olpps Befehl mussten fünf Rienecker Hitlerjungen die Gefangenen mit Karabinern im Anschlag durch den Ort zu einem außerhalb gelegenen Steinbruch treiben. An der sogenannten Sternhecke angekommen, wurden die Russen gezwungen, ihr eigenes Grab zu schaufeln. Die Hitlerjungen erschossen sie dann von hinten. Zur Erschießung sollen sich auch zwei Soldaten aus dem Lazarett freiwillig gemeldet haben. Weil nicht alle Gefangenen auf der Stelle tot waren, wurde ins Grab hinein nachgeschossen. Anschließend verscharrete man die Toten. Nach der Tat verschwand Olpp, der aus Kirchheim unter Teck bei Stuttgart stammte, genauso schnell wieder, wie er in den Spessart gekommen war.

Vermutlich waren die Nazi-Größen in Mainfranken in jenen Tagen Ende März 1945 in heller Aufregung. Die aus Aschaffenburg kommende amerikanische Panzertruppe war auf Befehl von General George Patton, der seinen Schwiegersohn aus dem Lager Hammelburg befreit haben wollte, 80 Kilometer weit hinter die deutschen Linien vorgestoßen. Der Zug mit 314 US-Soldaten und 57 Fahrzeugen wurde letztlich zwar aufgerieben. Doch die regulären US-Truppen waren nicht mehr weit, von den Amerikanern befreite Kriegsgefangene liefen herum, und die Bevölkerung sollte wieder auf Linie gebracht werden. In Rieneck sollen beim Durchmarsch der Amerikaner weiße Bettlaken aus den Fenstern gehangen haben zum Zeichen der Aufgabe, zudem hatte sich der Leiter des Rienecker Lazaretts gegen Panzersperren und das Parken von Militärfahrzeugen im Lazarettbereich gewehrt.

In der Gegend fanden damals einige Exzesse statt. Im Nachbarort Burgsinn wurden – angeblich von einer SS-Einheit aus Wildflecken – drei Tage nach dem Rienecker Verbrechen elf, wie es heißt, russische Kriegsgefangene erschossen, die im Ort versucht hatten, Hilfe oder Essen zu bekommen. Wahrscheinlich hatten sie zu einem Transport von rund 700 sowjetischen Kriegsgefangenen gehört, die das US-Kommando fünf Tage zuvor, am 27. März, zwischen Burgsinn und Gräfendorf befreit hatte. Schon im Februar 1945 eingerichtete Standgerichte verurteilten in jenen Tagen tatsächliche oder angebliche Deserteure sowie auch Zivilisten, die sich zu unvorsichtigen Äußerungen hatten hinreißen lassen. Seit 9. März zogen zudem sogenannte fliegende Standgerichte, Mordbanden in Uniform, durchs Land und exekutierten ihre Opfer meist auf der Stelle. In Lohr wurde ein Arzt hingerichtet, in Zellingen ein Landwirt, in Marktheidenfeld zwei Soldaten, in Aschaffenburg ein Leutnant.

Am 28. März, einen Tag vor dem Vorfall in Rieneck, notierte Reichspropagandaminister Joseph Goebbels in sein Tagebuch über einen Bericht aus Würzburg am Morgen: „Die Gauleitung teilt mit, dass man dort völlig der Lage Herr sei und dass Aschaffenburg wieder vom Feind freikämpft worden sei. Unser Reichspropagandaamtsleiter Dr. Fischer hat sich besonders liebevoll derjenigen angenommen, die beim Herannahen des Feindes weiße Fahnen gehisst haben. Sie werden im Gau Mainfranken einer rabiaten Behandlung unterworfen, die sie auch verdienen.“

In dieser, für die Nazis torschlusspanischen Zeit ließ sich Hans Olpp, seit November in Würzburg und seit Februar außerdem Führer des Volkssturmabtions „Veitshöchheim“, zusammen mit dem Würzburger Reichspropagandaamtsleiter Werner Fischer nach Rieneck fahren, um „die Ordnung wiederherzustellen“. Womöglich hatte er vor, ein Exempel zu statuieren. Der Fahrer sollte später Olpp Hauptbelastungszeuge werden. Der Arzt aber, der das Rienecker Lazarett leitete, gab auch in der persönlichen Auseinandersetzung mit Olpp nicht nach.

Als der SA-Chef, an diesem 29. März 1945 in der Uniform eines Wehrmachtsoffiziers, obwohl er keiner war, nach diesen für ihn frustrierenden Verhandlungen an den nahen Platz am damaligen Rathaus kam, befand sich dort eine große Menschenmenge. In der Situation müssen fünf von Soldaten eskortierte Russen am Rathaus vorbeigekommen sein. Ob sie zu dem zwei Tage zuvor bei Burgsinn befreiten Transport gehörten oder aus dem Kriegsgefangenenlager in Burgsinn stammten, oder, wie manche Rienecker behaupten, Insassen eines kleinen Rienecker Arbeitslagers waren, bleibt in den Prozessakten unklar. Ein Rienecker behauptet gar, es habe sich um prominente Russen gehandelt, die sein Vater, der in den Tagen darauf von Nazi-Schergen erschossen worden sei, zu bewachen gehabt habe.

Die fünf Kriegsgefangenen sollen zuvor einen in einem Bahntunnel abgestellten Wehrmachtzug geplündert haben. Dies taten sie womöglich sogar zusammen mit ihren Bewachern, denn wohl die gesamte Rienecker Bevölkerung bediente sich dort. Man erzählt sich heute noch von Säcken voller Zucker. Bei den Russen fanden sich angeblich Zigaretten, Schokolade und Rasiermesser. Ein älterer Rienecker, der in der Menge am Rathaus dabeistand, soll daher wegen des Vorwurfs der Plünderung gerufen haben: „Da waren auch Parteigenossen dabei.“

Doch Hans Olpp wollte die russischen Plünderer gleich erschießen lassen. Er habe einen „gebieterschen Eindruck“ gemacht, erinnerte sich ein Zeuge. Hinzu kam, dass eine Krankenschwester laut rief, sie sei im Tunnel von einem der Russen geschlagen, nach einer anderen Version mit einem Rasiermesser bedroht oder verletzt worden.

Er fragte die versammelte Menge, wo der Volkssturm sei. Dann bestimmte er fünf Hitlerjungen, die größten, die herumstanden, Gewehre und Schaufeln zu holen. Einer der Russen soll nach diesem „Todesurteil“ unter Hinweis auf Frau und Kinder noch auf Knien um sein Leben gefleht haben. Vergebens.

Der Malermeister und Kreishandwerksmeister Hans Olpp, bereits seit 1922 NSDAP-Mitglied, war vor dem Krieg SA-Standartenführer in Ludwigsburg gewesen. Im Zuge der Machterobernahme Adolf Hitlers war er in seinem Heimatort Kirchheim für die Verhaftung von zwölf Kirchheimer SPD- und KPD-Mitgliedern verantwortlich. Nach der Pogromnacht 1938 soll er sich gebrüstet haben, er habe die Ludwigsburger Synagoge selbst in Brand gesteckt. Davon wollte er später freilich nichts mehr wissen.

Nachdem er am Frankreich-Feldzug teilgenommen hatte, kam der stramme Nazi in die oberste SA-Führung nach München, im November 1944 wurde er nach Würzburg versetzt. Nach dem Krieg tauchte Olpp als angeblicher Kunstmaler namens Hans-Joachim Kolb unter, wohnte bis zu seiner Entdeckung Anfang 1948 nur 20 Kilometer entfernt von seinem Heimatort. Er kam ins Internierungslager Ludwigsburg.

Wegen der Erschießung in Rieneck konzentrierten sich die Ermittlungen nach dem Krieg zunächst auf den NSDAP-Ortsgruppenleiter in Rieneck, den Schulleiter. Auch er war zum Kriegsende für einige Monate untergetaucht, konnte aber später bis zur regulären Pensionierung Schulleiter in Rieneck bleiben.

Die fünf Hitlerjungen gestanden 1948 vor der Spruchkammer in Gemünden nach einem zwölfstündigen Kreuzverhör, an dem Kriegsverbrechen beteiligt gewesen zu sein. Einer sprach von einem Öls oder Ölsner, der den Schießbefehl gegeben habe. Als der ehemalige Fahrer Olpps von der Sache erfuhr, meldete er sich mit der belastenden Aussage gegen Olpp. Als der gefunden war – im Internierungslager –, gab er zu, in Rieneck gewesen zu sein. Ihm seien plündernde Russen vorgeführt worden. Die Bevölkerung und Soldaten hätten „heftig gegen die Russen Stellung genommen“, sagte er aus, er sei aber ohne Maßnahmen gegen sie wieder weggefahren. Von der Erschießung wisse er nichts.

Im August 1950 dann kam es vor dem Schwurgericht in Würzburg zum Verfahren wegen Mordes gegen Hans Olpp. Nun bestreit er, überhaupt je in Rieneck gewesen zu sein, zudem habe er immer nur die braune SA-Uniform, nie Feldgrau getragen. Mehrere Zeugen erkannten ihn jedoch wieder. Sein Fahrer sagte außerdem, dass Olpp, dessen Dienstkleidung am 16. März beim Luftangriff auf Würzburg in der Residenz verbrannt sei, an jenem Tag sehr wohl Wehrmachtuniform trug. Auch ein Soldat, der zur Tatzeit im Lazarett Rieneck gewesen war, sagte aus, Olpp habe die feldgrüne Uniform eines Sonderführers getragen.

Die zwölf Geschworenen erkannten Olpp in einer knappen Entscheidung nicht des Mordes, sondern des Totschlags für schuldig. Den drei berufsmäßigen Richtern oblag es, das Strafmaß bestimmen. Der Malermeister bekam milde fünf Jahre Zuchthaus. 15 hatte der Staatsanwalt gefordert. Zugunsten des Angeklagten sprach laut Urteil, dass Olpp nicht vorbestraft und in seiner Heimatstadt angesehen gewesen sei und er außerdem zu erblinden drohe. Der Angeklagte, einer der obersten Nazi-Machthaber im Gau Mainfranken, sei „letzten Endes ein Opfer jener Psychose geworden, die von den Machthabern des Dritten Reiches gerade in Bezug auf die angeblich von den Kriegsgefangenen ausgehenden Gefahren überall verbreitet worden war“. Die Tat jedoch sei „auch menschlich so unverständlich gefühllos“ gewesen, heißt es im Urteil.

Wie jedoch Unterlagen belegen, die dem Gericht vorgelegen hatten, war Hans Olpp wegen Urkundenfälschung und des Novemberpogroms nach dem Krieg sehr wohl bereits verurteilt worden, allerdings wurden die Urteile jeweils wieder aufgehoben. Bei der Synagogenbrandstiftung lautete die Begründung, der SA-Führer wäre nicht zum Einschreiten gegen die Brandschatzung verpflichtet gewesen. Dabei hatte er sie offensichtlich angeordnet. Ein im Rienecker Verfahren vom Gericht dreist umgedeutetes Gutachten eines Arztes am Bezirkskrankenhaus Lohr besagt zudem deutlich, dass Olpp die Erblindung nur simuliere, tatsächlich jedoch sehr gut sehe. Und aus seiner Heimatstadt ist bekannt, dass er den meisten als unangenehmer Zeitgenosse galt.

Auch die fünf Jahre Zuchthaus aus dem Urteil reduzierten sich schließlich auf nur eins: Der bayerische Justizminister gab seinem Gnädengesuch statt. Ein vehemente Unterstützer des Gesuchs war wieder der Vorsitzende Richter des Schwurgerichts, das ihn verurteilt hatte: Otto Albert. Er schrieb nun: „Ich bin durch die Gerichtsverhandlung nicht voll überzeugt worden, dass Olpp wirklich der Täter war.“ Warum sollte Olpp gerade an jenem Tag Feldgrau getragen haben, fragte Albert.

Olpps Verteidiger schrieb im Gnädengesuch, dass jedes Kriegs- oder Standgericht die angeblichen Plünderer zum Tode hätte verurteilen dürfen. „Was der damalige Befehlshaber getan hat, war also ein Vorriff auf die Standgerichtsbarkeit“ und könne mit den „wirklichen Gräueltaten“ in den russisch besetzten Gebieten „überhaupt nicht in Vergleich gesetzt werden“. Außerdem bestreit er, dass sein Mandant Befehlshaber gewesen war.

Der Häftling selbst beteuerte seine Unschuld. „Mein Leben lang habe ich nichts anderes getan, wie mich als anständigen Mensch durchs Leben zu bringen“, schrieb er in seinem Gnädengesuch. „Überall habe ich nur meine Pflicht erfüllt.“ Mithilfe seines Bruders, mit dem er sich später zerstritt, baute er sich nach der Begnadigung einen eigenen Malerbetrieb auf. Hans Olpp starb am 30. Juni 1985 im Alter von 88 Jahren in seiner Heimatstadt Kirchheim. Von den fünf Rienecker HJ-Schützen lebt heute ebenfalls keiner mehr.

Sich der Geschichte zu stellen, dazu hat Rieneck weiter Gelegenheit. Die Rechtsaufsicht am Landratsamt Main-Spessart hat in dieser Woche den Gedenktafel-Beschluss des Rienecker Stadtrats wegen des offensichtlichen Verstoßes gegen den Öffentlichkeitsgrundsatz von Ratssitzungen beanstandet. Die Behörde empfiehlt dem Stadtrat „zur Wahrung der Rechtmäßigkeit seines Handelns“ sich erneut mit dem Antrag zu befassen und darüber zu beschließen und zwar in öffentlicher Sitzung. Damit hat es der Stadtrat in der Hand, der Schande von 1945 keine zweite Schande 70 Jahre später hinzuzufügen; schließlich ist Rieneck ein liebenswertes Städtchen.

Quelle: mainpost.de

Autor: Michael Fillies, Björn Kohlhepp

Artikel: <http://www.mainpost.de/regional/franken/Fuenf-verdraengte-Morde-von-Rieneck;art1727,8472163>

Wiederverwertung nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung